



## Nr. 4 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	<b>Donnerstag, 8. September 2011 von 18.00 - 19.45 Uhr</b>	
Ort	im Bernapark, Bernstrasse , 3066 Deisswil	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Kehrlı Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Schärer Liliane, Scheidegger Jürg-Sven, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	12
	<i>SVP:</i> Bracher Peter, Hausammann Hans-Rudolf, Müller Lucia, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Nadine, Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	8
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Fels Silvia, Schröer Chris, Wagner Peter, Wagner Rahel	5
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schaller Esther, Schenk Madeleine	4
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Schoop Henrik, Leumann Beat, Werner Michael	4
	<i>CVP:</i> Rippstein Eduard	1
		<hr/>
	<i>Total anwesend</i>	<b><u>37</u></b>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i>	
	Zahler Christian (Gemeindepräsident), Blaser Erich, Ernst Synes, Lüthy Ursula, Panayides Alikı Maria und Unteregger Schütz Regula	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Hirsiger Ernst (SVP), Landolf Marianne (SVP) und Löhler Sandra (CVP)	
	<i>GR-Mitglieder:</i> Baumgartner Gerhard, Iten Thomas, Wegmann Peter sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	

## TRAKTANDEN

33. Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 19. Mai 2011; Genehmigung.....	97
34. Protokoll der 3. Sitzung des GGR vom 30. Juni 2011; Genehmigung.....	98
35. Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Wasser- und Abwasserreglemente (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	99
36. Motion FDP-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasserversorgung und Abwasser so anzupassen, dass das Verursacherprinzip konsequent eingehalten wird und Unterhaltsprojekte ohne Vermischung der Verantwortlichkeiten Gemeinde/Landanstösser durchgeführt werden können; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	102
37. Motion SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder (Konto 2281); Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	106
38. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Stromsparen; schriftliche Beantwortung .....	111
39. Einfach Anfrage E. Rippstein (CVP) zu verschiedenen Grossprojekten; schriftliche Beantwortung.....	112
40. Einkauf von fünf Plätzen bei privaten Kindertagesstätten - Orientierung des Gemeinderates.....	113
41. Dringliche Motion SP-Fraktion betreffend AKW Mühleberg - unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	114
42. Motion GRÜNE-Fraktion betreffend Ja zur 2000-Watt-Gesellschaft; parlamentarischer Neueingang .....	118
43. Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	120
44. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrsfolgen am Dennigkofenweg; parlamentarischer Neueingang.....	121

## Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung - obwohl wir uns heute Abend an einem ungewohnten Sitzungsort befinden - ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Alle Sprecherinnen und Sprecher haben heute Abend ihr Votum am improvisierten Rednerpodest zu äussern.
2. Das erste Votum in Form eines Referats steht dem „Hausherr“ der Bernapark AG, Herr H.U. Müller, zu.

**Herr Müller, Bernapark AG:** In meinen Ausführungen zu "Herzlich Willkommen im Bernapark" möchte ich die anwesenden Parlamentsmitglieder von Ostermundigen über die folgenden Punkte informieren:

- *Rückblick - Kartonfabrik seit 1876*
- *Zielsetzung und Vision - "Ich habe mich eingemischt, um..."*
- *Vision auf Ebene Mitarbeitende (Phase 1 und Phase 2)*
- *Vision auf Ebene Standort - "Erarbeitung und Realisierung eines Masterplans Bernapark" - Innovatives KMU-Leistungszentrum (Arbeitsplätze für über 300 Menschen)*
- *Aktuelle Diskussionspunkte: Vorzeitige Pensionierungen; Beseitigung von Altlasten; Verlauf Worble; Ausblick Arbeiten/Wohnen*

Ein Abzug der Folienpräsentation des Referates wird dem Protokoll im Anhang beigelegt.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
  - ① Traktandum Nr. 43: Dringliche Motion SP-Fraktion betreffend AKW Mühleberg - unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat
  - ① Einladung zum diesjährigen Ratsausflug am 8. November 2011
4. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Rüti
5. Die nächste Sitzung findet am 27. Oktober 2011 im TELL-Saal statt.

## Traktandenliste

- Traktandum Nr. 40: Einkauf von fünf Plätzen bei privaten Kindertagesstätten - Orientierung des Gemeinderates

### *Parlamentarische Neueingänge*

- Traktandum Nr. 41: Motion Grüne-Fraktion betreffend Ja zur 2000-Watt-Gesellschaft
- Traktandum Nr. 42: Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermündigen
- Traktandum Nr. 43: Dringliche Motion SP-Fraktion betreffend AKW Mühleberg - unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat
  - ① Gemäss Artikel 53 Absatz 2 GO GGR wird dieses Geschäft heute Abend unter der Bedingung behandelt, dass der Gemeinderat einer sofortigen Behandlung zustimmt. Der Gemeinderat hat der Dringlichkeit zugestimmt und das Geschäft kann behandelt werden.
- Traktandum Nr. 44: Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrsfolgen am Denigkofenweg

## **A b s t i m m u n g :**

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Ergänzungen stillschweigend genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigungen

### **33. Protokoll der 2. Sitzung des GGR vom 19. Mai 2011; Genehmigung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich möchte eine Textkorrektur auf Seite 52 (Traktandum Nr. 17: Personal- und Besoldungsordnung; Änderung von Artikel 40) anbringen. Der letzte Satz sollte wie folgt korrigiert werden:

...Ich erwarte von den leitenden Stellen innerhalb der Verwaltung und im Gemeinderat die Kompetenz *und die* Bereitschaft als erste Ansprechstelle bereit zu sein.

Besten Dank für die Korrektur.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum Protokoll liegen keine weiteren Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst bei zwei Enthaltungen den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 19. Mai 2011 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigungen

### **34. Protokoll der 3. Sitzung des GGR vom 30. Juni 2011; Genehmigung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum vorliegenden Protokoll liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 30. Juni 2011 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

10.3.72      Motionen  
10.0.11      Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

### **35. Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Wasser- und Abwasserreglemente (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Heute Abend haben wir zweimal das Thema "Wasser" auf der Traktandenliste. Die schriftliche Beantwortung der Motion wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Der Motionär resp. Erstunterzeichner kann sich noch zum Geschäft äussern.

**Walter Bruderer (FORUM):** Das Thema kann nirgends besser behandelt werden als hier in der Kartonfabrik. Die Karton Deisswil AG war seinerzeit eine der grössten Wasserbezügerin mit einer eigenen Kläranlage. Die Kläranlage wurde in der Zwischenzeit mit Rücksicht auf die Nachbarschaft eingestellt. Die Problematik "Wie entsorge ich das Papier in Ostermundigen?" hat der Gemeinderat in verdankenswerter Weise bestens gelöst.

Ebenfalls danke ich dem Gemeinderat für die Annahme der Motion. Wir sind uns bewusst, dass die Abteilung Gemeindebetriebe hohe Anforderungen erfüllen muss. Die Einführung der wiederkehrenden Regenwassergebühren war eine echte Herausforderung. Auch da gilt unser bester Dank.

Wichtig bei unserer Motion ist, dass die Gemeindebetriebe die Vorschriften nicht ausschliesslich auf die technischen Vorgaben des Kantons abstützen. Die Gebührenden sollen vermehrt zu ihren Rechten kommen. Wie im Motionstext festgehalten, ist es sinnvoll und zweckmässig, wenn die Reglemente und die Vorschriften überprüft und allenfalls aktualisiert werden.

Besten Dank für die bereits vorliegende Beantwortung seitens des Gemeinderates. Mit dessen Beantwortung bin ich vollauf zufrieden. Ich bitte den Rat, die vorliegende Motion zu überweisen.

**Jürg-Sven Scheidegger (SP):** Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat die Motion besprochen. Sollte bereits wieder eine Reglementsänderung angestrebt werden, so scheint uns ein Postulat das richtige Instrument zu sein. Wir wollen nicht, dass das heute gültige Reglement bereits wieder abgeändert wird. Wir können die Motion nur dann annehmen, wenn lediglich die Überprüfung verlangt wird.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich habe den Motionstext bereits einmal abgeändert. Dieser wurde ursprünglich als Postulatstext interpretiert. Daraufhin habe ich mit dem Departementvorsteher Gemeindebetriebe, Synes Ernst, Kontakt aufgenommen. Die Angelegenheit soll ernsthaft angegangen werden. Die vielen, in der Motion aufgeführten Punkte, haben ein Anrecht, dass die Problematik ernsthaft geprüft wird. Aus diesem Grund habe ich die Motion an der letzten Sitzung zurückgezogen, überarbeitet und wieder eingereicht.

**Christian Zeyer (SP):** Eine günstige Lösung zu finden, scheint so schwer zu sein, wie der Gang ans provisorische Rednerpult. Walter, du hast uns Missverstanden: Es geht nicht darum aus der Motion ein Postulat zu machen. Wir möchten eine Reglementsüberprüfung mit deinen Vorschlägen. Wir wollen keine Totalrevision des heutigen Reglementes. Die Sache soll ernsthaft geprüft werden - wie im Wortlaut festgehalten. Wenn eine Reglementsanpassung notwendig wird, muss diese vorgenommen werden. Für uns stimmen der Titel und der Wortlaut der Motion nicht überein.

**Rahel Wagner (EVP):** Die Beantwortung des Gemeinderates ist genau zu lesen. Er ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen, wenn eine Änderung des Titels vorgenommen wird. Für uns ist wichtig, dass die FORUM-Fraktion dieser Titeländerung zustimmt.

**Walter Bruderer (FORUM):** Offensichtlich habe ich das Votum von Sven-Jürg Scheidegger (SP) falsch verstanden. Der vorliegende politische Vorstoss hat Motionscharakter. Aber ich bin bereit, den Titel wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, abzuändern. Für mich ist es wichtig, dass das Geschäft die Form der Motion behält.

**Departementsvorsteher GBT Synes Ernst (CVP):** Ich möchte die gemeinderätlichen Absichten präzisieren. Der Gemeinderat hätte einer Aktualisierung resp. Veränderung der Wasser- und Abwasserreglemente in Form der Motion nicht zustimmen können. Des Weiteren wird im Wortlaut erwähnt: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament bis spätestens Ende 2011 schriftlich zu berichten, wie er die in der Motionsbegründung dargestellten Probleme beurteilt und auf welche Weise er sie bis wann lösen will."*

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, wie wir uns zu den verschiedenen aufgeführten Problemen stellen. Das Parlament kann den Auftrag auch in Form eines Postulates überweisen. Der Gemeinderat ist jedoch gewillt, die Arbeiten resp. die Politik der Abteilung Gemeindebetriebe offen zu legen. Ebenfalls im nachfolgenden Traktandum Nr. 36 (Motion FDP-Fraktion) werden einige Fragen zu diesem Thema aufgeworfen.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Der Motionär resp. Erstunterzeichner kann als Einziger der Umformulierung des Motionstitels zustimmen. Es stellt sich somit die Frage, ob der Motionär, Walter Bruderer, mit der Umformulierung: *"Motion FORUM-Fraktion betreffend Prüfung der Wasser- und Abwasserreglemente"* einverstanden ist?

**Walter Bruderer (FORUM):** Ja, ich bin mit der gemeinderätlichen Umformulierung des Titels einverstanden.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Es liegen keine Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 1 Stimme den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Motion FORUM-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Wasser- und Abwasserreglemente (inkl. Sauber-/Regenwasser) zu aktualisieren, wird schriftlich beantwortet, im Titel abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen  
10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

**36. Motion FDP-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasserversorgung und Abwasser so anzupassen, dass das Verursacherprinzip konsequent eingehalten wird und Unterhaltsprojekte ohne Vermischung der Verantwortlichkeiten Gemeinde/Landanstösser durchgeführt werden können; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der Motion wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Die Motionäre dürfen sich zum Geschäft äussern.

**Heinz Gfeller (FDP):** Anlass für die Motion war das Abschliessen der Leitungssanierung in der Bantigerstrasse, wo ich als Zwangskunde der Abteilung Gemeindebetriebe viel Ärger hatte und schlechte Erfahrungen machen musste. Das Projekt ist abgeschlossen, jetzt geht es darum, Wege zu suchen, dass nicht noch mehr Landanstösser unnötig vergrault werden. Ich selber könnte und will auch nicht mehr von Verbesserungen bei zukünftigen Leitungssanierungen profitieren.

Die Motion folgt den Vorgaben gemäss Artikel 51 GO GGR. Diese sind dem Erstunterzeichner und auch der Fraktion wohlbekannt. Im Abschnitt 1 „Wortlaut“ ist der Auftrag formuliert, die folgenden Abschnitte sind lediglich Begründungen und unverbindliche Hinweise.

Interessant ist, wie der Einreichungsprozess abgelaufen ist. Wir kennen die angespannte finanzielle Lage der Gemeinde und beabsichtigen in keiner Weise, Verwaltung und Gemeinderat mit unnötigen Arbeiten zu belasten. Darum habe ich zuerst den Motionsentwurf an Departement und Abteilung Gemeindebetriebe eingereicht, mit dem Ziel, Vorabklärungen informell zu treffen. Als Antwort erhielten wir von der Departementsleitung die Aufforderung, die Motion offiziell einzureichen.

Im informellen Entwurf an die Gemeindebetriebe war der Hinweis auf Reglement und Tarif der Wasserversorgung Stadt Frauenfeld enthalten. Frauenfeld hat ein Gebiet von 27 km<sup>2</sup> zu versorgen; Ostermundigen ein Gebiet von 6 km<sup>2</sup>. Wassertarif, jährliche Grundgebühr und Anschlussgebühr sind in Frauenfeld für ein Einfamilienhaus 15 bis 30 % günstiger. Die einmaligen Anschlusskosten pro Liegenschaft sind in derselben Grössenordnung. Dieser Tarif gilt seit 1991 und ist stabil.

In Frauenfeld ist die klare Trennung der Zuständigkeiten im kurzen und gut verständlichen Reglement schon längst etabliert. Obwohl die Stadt Leitungersatz und -ausbau auf öffentlichem Grund selber finanziert, sind die Gebühren wesentlich günstiger, weil die Arbeitsabläufe übersichtlich gestaltet werden können.

Darum bitten wir den GGR, die Motion zu überweisen. Sie hat grosses Potential, das man bei guter Umsetzung nutzen kann.

**Christian Zeyer (SP):** Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat sich lange Gedanken zu der vorliegenden Motion gemacht. Wir gehen voll und ganz auf den Wortlaut des Motionärs ein und alles andere ist - wie vom Motionär vorhin erwähnt - lediglich "Beigemüse".

Was heisst Verursacherprinzip?

- Es besteht eine Leitung und diese existiert in Folge eines Hauses. Damit ist das Haus der Verursacher der Leitung resp. deren Bewohnende.
- Nach dem Verursacherprinzip liegt infolgedessen die Verantwortung und damit verbunden die Kostentragpflicht der Leitung beim Besitzer oder Bewohner des Hauses.
- Wenn viele Häuser bestehen, dann sind die Verursacher der Leitungen die vielen Häuser resp. die Siedlung. Wer soll nun da die Leitungen bezahlen? Hier bezahlt die Allgemeinheit mit dem Verursacherprinzip: Jeder der die Leitungen benutzt, muss anteilmässig an die Leitungen resp. deren Unterhalt bezahlen.

Diese Situation ist in den heute gültigen Wasser- und Abwasserreglementen abgebildet. Es gibt keine Gründe, die Leitungen eines einzelnen Hauses in die Verantwortung der Gemeinde zu überführen. Selbst wenn die Verantwortung der Gemeinde übertragen wird, stellt sich die Frage, wo ist der Übergang? Es ist willkürlich zu sagen, dieser liegt an der Grundstücksgrenze, wie an der Hauswand resp. im Innern der Toiletten. Dies wäre dann definitiv nicht mehr nach dem Verursacherprinzip.

Die Wasser- und Abwasserleitungen werden von Zeit zu Zeit undicht. Was bedeutet das vom Verursacherprinzip her gesehen? Der Verursacher ist die Leitung, diese ist undicht. Der entstandene Schaden ist ein Schaden zulasten der Gemeinde, da der Untergrund des Bodens der Allgemeinheit gehört. Also macht der Verursacher (Haus) mit dem Loch in der Leitung einen Schaden zulasten der Allgemeinheit. D. h. der Verursacher muss den Schaden bezahlen resp. er muss die Leitung sanieren.

Das Vorsorgeprinzip (in der Verfassung geregelt) sagt ganz klar, dass die Allgemeinheit für die Verantwortung am Allgemeingut zu sorgen hat und im Bereich Umwelt kein Schaden entstehen darf. Also hat die Gemeinde die Pflicht und die Schuldigkeit, dafür zu sorgen, dass die Leitungen repariert werden. Es ist deshalb korrekt, dass die Leitung von der Gemeinde untersucht wird und wenn ein Schaden beanstandet werden muss, dieser vom Hauseigentümer mit einer entsprechenden Wiederherstellungspflicht auferlegt wird. So weit so gut und alles ganz logisch.

Die Gemeinde kommt dem Hausbesitzer entgegen, in dem sie die Prüfung der Leitung übernimmt und im Falle einer Sanierung der Hausleitungen bei den Sanierungsarbeiten mithilft. Falls der Hausbesitzer dies nicht will und der Meinung ist, er könnte diese Sanierungsarbeiten günstig selber ausführen - was doch eher unwahrscheinlich ist: eine grosse Baustelle ist günstiger als viele kleine Baustellen - hat er immer noch die Gelegenheit, nein zu sagen. Also auch hier ganz eindeutig nach dem Verursacher- und Vorsorgeprinzip wird das Reglement korrekt zur Anwendung gebracht. Die Verantwortlichkeiten sind korrekt und richtig dargestellt. Wir lehnen deshalb die Motion ab.

Erlaubt sei mir noch eine kleine Fussnote: Die FDP hat auf nationaler Ebene eine Initiative eingereicht, welche zu weniger Bürokratie führen soll. Ich möchte den Motionär auffordern, mir zu erklären, wie weniger Demokratie entstehen soll, wenn die Leitungen in den Besitz der Gemeinde übergehen und dann mittels eines Mietzinses verwaltet werden. Dieser ausufernden Bürokratie werden wir jedenfalls nicht zustimmen.

**Riesen Norbert:** Ich möchte daran erinnern, dass wir ungefähr um 20.15 Uhr das Sitzungs-ende eingeplant haben.

**Gerhard Zaugg (SVP):** Aus der Sicht der SVP-Fraktion macht es keinen Sinn, die Reglemente Wasser und Abwasser aus dem Jahre 2006 wiederum anzupassen. Die Reglemente sind noch nicht einmal fünf Jahre in Kraft. Die bereits heute arbeitsmässig an ihre Grenzen stossende Abteilung Gemeindebetriebe soll nicht erneut mit unsinnigen Aufträgen mit Reglementsrevisionen beauftragt werden.

Auch mir sei eine Fussnote erlaubt: In der Gemeinde Ostermundigen haben wir zurzeit genügend andere Baustellen, wo dringender Handlungsbedarf ansteht. Alle Punkte der Motion wurden vom Gemeinderat ausführlich und detailliert beantwortet.

**Heinz Gfeller (FDP):** Zum Votum von Christian Zeyer (SP):

- Es wird unterschieden zwischen Wortlaut und Übrigem. Die Begründung ist letztendlich anders ausgefallen.
- Den Begriff "Verursacherprinzip" möchte ich konkreter mit meinen persönlichen Erfahrungen erklären: An der Bantigerstrasse wurde die Wasserleitung neu eingelegt. Rund zwei Meter von meiner Hausseite entfernt, haben die Gemeindebetriebe den Hausanschluss als in Ordnung beurteilt. Ich habe für die Änderungen mehr als Fr. 10'000.-- bezahlen müssen. Dies nennt man "Verursacherprinzip nach Zeyer" - es ist falsch!

**Christian Zeyer (SP):** Es tut mir Leid, dass du Heinz Gfeller in einen solchen Fall verwickelt worden bist. Das Reglement wegen einigen ungünstigen Vorfällen abzuändern, ist sicher nicht die richtige Lösung. Die Punkte a) und b) des Wortlautes heben sich gegenseitig diametral auf.

**Beat Leumann (FDP):** Bei Heinz Gfeller ist das Ganze eine mühsame Sache, da er selber davon betroffen war. Mir sind andere Sachen zu Ohren gekommen. Leitungen wurden untersucht. Bei der untersten Liegenschaft, wo der Schaden mit einer undichten Leitung festgestellt worden ist, mussten die oberen vier Liegenschaftsbesitzer sich an der Schadenssumme finanziell mitbeteiligen (pro Haus Fr. 2'400.--). Diesen Sachverhalt haben sich die Liegenschaftsbesitzenden nicht bieten lassen. Sie haben einen Bauunternehmer um eine entsprechende Reparaturangebote gebeten.

Fakt ist:

- Eigentlich hätten die Hausbesitzer vorgängig angefragt werden sollen, ob sie von der Gemeinde oder von einem Dritten resp. von Auswärtigen bedient werden wollen.
- Die gleiche Rechnung ist letztendlich pro Kopf auf Fr. 380.-- gekommen.

**Departementsvorsteher GBT Synes Ernst (CVP):** Das Wesentliche wurde bereits kundgetan. Auf die Einzelfälle kann ich nicht eingehen, ich kenne den Sachverhalt nicht. Der schwierige Fall an der Bantigerstrasse wurde auch bereits erwähnt. Das Ganze war tatsächlich nicht einfach. Das Geschäft konnte in der Zwischenzeit erledigt werden.

Ich wurde tatsächlich vorgängig angefragt, ob die Motion eingereicht werden soll oder nicht. Es obliegt nicht mir als Gemeinderat, über das Einreichen resp. Nichteinreichen einer Motion zu entscheiden. Da wird ein Entscheid des Parlaments fällig.

Reglemente müssen stetig revidiert werden. Die beiden Reglemente für das Wasser und das Abwasser sind erst fünf Jahre alt. Wir sind mitten in einer grossen Sanierung. Was passiert, wenn die Gemeinde kurzerhand private Leitungen übernimmt. Da kämen sich alle vorher sanierenden Hauseigentümer als die durch die Gemeinde Hintergangenen vor. Ein solcher Paradigmenwechsel kann vorgenommen werden, wenn die grossen Sanierungsarbeiten abgeschlossen sind (z. B. in 10 bis 15 Jahren). Die Gemeinden Frauenfeld und/oder Uster könnten dann als mögliche Benchmark-Gemeinden beigezogen werden. Heute wird bereits die Gemeinde Ostermundigen als Vorbild genommen. Das nicht stets alles hundertprozentig verläuft, wurde bereits in der gemeinderätlichen Beantwortung erwähnt. Wir wollen uns dauernd verbessern. Auch im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit werden stetige Verbesserungen umgesetzt.

**Heinz Gfeller (FDP):** Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass ich im Projekt "Bantigerstrasse" nie die Initiative und erste Aktionen ergriffen habe. Es waren stets Reaktionen in Folge von entstandenen Reklamationen aus dem Umfeld.

Es tut mir Leid, dass der Vergleich mit Frauenfeld so abgewertet worden ist.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 28 zu 7 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion FDP-Fraktion betreffend der Gemeinderat wird beauftragt, die Reglemente Wasserversorgung und Abwasser so anzupassen, dass das Verursacherprinzip konsequent eingehalten wird und Unterhaltsprojekte ohne Vermischung der Verantwortlichkeiten Gemeinde/Landanstösser durchgeführt werden können, wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen  
20.0.01 Gesetze, Dekrete (früher 20.01)

### **37. Motion SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder (Konto 2281); Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der Motion wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Der Erstunterzeichner kann sich noch zum Geschäft äussern.

**Thomas Wegmüller (SVP):** Ich habe mein Statement gekürzt. Die SVP-Fraktion will mit der vorliegenden Motion primär, dass die Gelder aus der Mehrwertabschöpfung reglementsgetreu verwendet werden. Wie genau kann dem Wortlaut der Motion entnommen werden. Das Wort "Tram" wird im Motionstext nirgends erwähnt. In der gemeinderätlichen Beantwortung wird fast ausschliesslich auf das Tram verwiesen. Wir begrüssen die Absichtserklärung. Der Gemeinderat hat sich "geoutet": Die 15 Mio. Franken werden vollumfänglich dem Tram Region Bern zugewiesen. Es werden vorzeitige Reservierungen und Zuweisungen von Geldern in ein Projekt eingebunden, welches noch gar nicht fertig ist. "Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe" - leider mussten wir dies im vorliegenden Fall feststellen. Die gemeinderätliche Antwort zeugt einmal mehr von der unmöglichen Blauäugigkeit in Bezug auf das Tram. Es macht einmal mehr den Anschein, als die Gemeindeverwaltung Ostermundigen nur für das Projekt "Tram Region Bern" entsteht. Der Gemeinderat scheint vergessen zu haben, dass letztendlich das Parlament und der Souverän über diese hohe Kapitalausgabe entscheiden werden.

Die Mehrwertabschöpfungsgelder sollen im Sinne des Reglementes eingesetzt werden und letzten Endes vollumfänglich zugunsten der Einwohnenden zu Gute kommen. Als Beispiel können die lange anstehende Sanierung des Freibades oder die Lösungsfindung eines Verwaltungszentrums erwähnt werden. Das Parlament und der Souverän haben sich mit einer Volksmotion zum Erhalt und Sanierung des Freibades ausgesprochen. Es ist sinnlos, wenn weitere anfallende Kosten wie die Bassinsanierung aus der Laufenden Rechnung gequetscht werden; wenn das Geld bereits vorhanden ist.

Das Freibad wird vom Gemeinderat als Luxus betitelt. Wir möchten diese Worte zurück weisen. Chlorhaltiges Wasser darf nicht in das Grundwasser versickern; das hat mit Luxus nichts zu tun. Hier muss die Verantwortung im Sinne des Umweltschutzes wahrgenommen werden!

Als absoluter Höhepunkt schlägt der Gemeinderat vor, die Motion abzulehnen und zugleich eine Zusage für die Geldereinsatzung abzugeben. Dann könnte es dann vielleicht einmal heissen: *Der Grosse Gemeinderat hat gemäss Beschluss am 8. September 2011 einer Verwendung der Mehrwertabschöpfungsgelder für das Projekt "Tram Region Bern" mit der Ablehnung der SVP-Motion (Geschäft Nr. 37) bereits zugestimmt.* - So geht es nicht! Ich bitte das Parlament, die vorliegende Motion zu unterstützen.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Ich möchte für die Anwesenden nochmals den Wortlaut der Motion zitieren:

...zur Genehmigung vorzulegen:

1. Für die Sanierung der Schwimmbecken im Freibad Ostermundigen 4 Mio. Franken
2. Für ein Verwaltungszentrum mit Saalanlage 8 Mio. Franken
3. Für die Förderung des öffentlichen Verkehrs 3 Mio. Franken

**Henrik Schoop (FDP):** Der Investitionsfonds stellt für die Entwicklung der Gemeinde ein grosses Potenzial dar. Entscheidend ist, wie zielorientiert dieser letztendlich genutzt wird, bzw. welcher qualitative und quantitative Nutzen geschaffen werden soll. Die Grundlage dazu bildet das Reglement über die Mehrwertabschöpfung. Dieses tritt leider zu wenig deutlich auf. Es wird nur der Zweck aufgeführt. Es nennt keine anzustrebenden Ziele und Beurteilungskriterien werden ebenfalls nicht erwähnt. Andererseits gilt bei solchen Fonds, die impliziten Aspekte zu beachten. Gelder für nicht wiederkehrende Projekte zu verwenden oder Gelder effektiv und effizient zum Wohle der Gemeinde einzusetzen und einen aufzeigbaren Nutzen und Mehrwert darzustellen. Auch mit Blick auf die strukturellen Probleme unserer Gemeindefinanzen möchten wir die Bedeutung und das Potenzial dieser Instrumente hervorheben. Auch wenn über einzelne Projekte gestritten und diskutiert werden kann, sollten die Beurteilungskriterien verständlich sein und der Nutzen sowie die Zielsetzung für den GGR nachvollziehbar sein.

Das Anliegen der Motionäre wird nicht formalrechtlich vom Instrument "Investitionsfonds" und zu wenig gerecht wahrgenommen. Es hat uns gezeigt, dass es notwendig ist, über dessen Anwendung zu diskutieren. Wir von der FDP-Fraktion müssen deshalb die Motion ablehnen. Für eine verständliche finanzpolitische und finanzrechtliche klare Umschreibung der Ziele und der Kriterien treten wir ein. Inskünftig sollen keine weiteren Missverständnisse für gute Projekte seitens der Exekutive entstehen.

Der Investitionsfonds ist nicht nur für einen Zweck geschaffen worden. Die 15 Mio. Franken sollen nicht nur alleine für das "Tram Region Bern" ausgegeben werden. Der Investitionsfonds soll zugunsten einer gesunden, dynamischen Entwicklung der Gemeindeentwicklung beitragen. Über allfällige Verbesserungsvorschläge lassen wir mit uns gerne diskutieren um anschliessend später einzubringen.

Zur Erinnerung: Wir entscheiden, bei welchen Projekten und in welcher Höhe und ob der Vorschlag überhaupt reglements- und kriterienkonform ist und ob allfällige Alternativen bestehen. Das bleibt unser Auftrag und obliegt auch unserer Verantwortung.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Auch wir haben uns mit der Motion intensiv auseinander gesetzt. Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion lehnen die Motion ebenfalls ab. Natürlich ist es wichtig, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Investitionsgeldern vorausschauend hantieren. Allerdings ist die Situation beim vorliegenden Geschäft ganz klar. Der Vorstoss hat eine Forderung, welcher den heutigen gültigen Reglementen widerspricht. Also kann diese Motion nicht einfach so überwiesen werden.

Heute ist noch nicht die Zeit da, die Tramdiskussion zu lancieren. Anlässlich der Oktobersitzung wird über einen neuen Projektierungskredit entschieden werden können. Wenn die konkreten Zahlen und Fakten dannzumal vorliegen, können wir über diese diskutieren. Jetzt

würde eine Diskussion aus dem Bauchgefühl entstehen. Dieser Sachverhalt wäre für das Parlament nicht verantwortungsvoll.

Henrik, wenn ich den Artikel 4 im Reglement interpretiere, dann habe ich bereits grobe Ziele für die Verwendung der Spezialfinanzierung gesetzt. Wohl aber noch keine konkreten Ziele. Da heute die Tramdiskussion entfällt und der politische Vorstoss nicht der formellen Notwendigkeit entspricht, muss dieser leider "abgeschossen" werden.

**Walter Bruderer (FORUM):** Es ist nachvollziehbar, wenn der Gemeinderat und GGR unterschiedlicher Meinung sein werden. Möglicherweise stehen auch andere Interessen im Vordergrund. Um klare Verhältnisse zu schaffen, müsste logischerweise das Reglement angepasst werden. Doch diese Aussage muss von Seiten Parlament kommen. Ich möchte die SVP-Fraktion bitten, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

**Colette Nova (SP):** Selbstverständlich dürfen wir unterschiedlicher Meinung sein. Auch der Interpretationsspielraum kann zu Diskussionen führen. Das Reglement stammt aus dem Jahre 2008 und ist noch nicht so alt. Die Frage der Kompetenzen resp. Zuständigkeiten für das Ausgeben der Gelder lässt absolut keinen Spielraum offen. Dem Gemeinderat obliegt diese Verantwortung. Der Gemeinderat hat sich an geltendes Recht zu halten und er ist letztendlich dafür zuständig (nicht der GGR). Da lässt sich nichts daran ändern!

Die Diskussion zum "Tram Region Bern" soll nicht über den Umweg dieser vorliegenden Motion führen. Die Diskussion soll an der Oktober-Sitzung stattfinden.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Das Parlament kann heute Abend zu diesem Thema beschliessen was es will, das Ganze ist eine Absichtserklärung. Heute können wir lediglich einige Absichten bezeugen. Ein Entscheid, wie die Mehrwertabgaben verwendet werden sollen, kann erst beim Vorliegen der entsprechenden Kredite vorgenommen werden.

Es wurde erwähnt, dass das Ganze nicht reglementsgetreu ist. Die Vorstellung des Gemeinderates über die Einsetzung der Mehrwertabgaben ist lediglich eine Absichtserklärung. Die Motion spricht an, wie die Mehrwertabgaben genutzt resp. wieder eingesetzt werden sollen. Es wäre gut, wenn im Parlament ein Konsens gefunden wird.

Es wurde auch moniert, dass in der Botschaft das "Tram Region Bern" sehr häufig erwähnt wird. Der Gemeinderat steht hinter diesem wichtigen Projekt. Aber wir haben explizit darauf hingewiesen, dass es nicht primär um die Frage pro oder contra Tram geht. Wir setzen die Mehrwertabgaben nicht für die Traminfrastrukturen ein - diese wird von Bund und Kanton finanziert - sondern wir setzen die Mehrwertgelder für die Anpassungs- und Sanierungsarbeiten an den Strassen ein, welche durch das Projekt "Tram Region Bern" ausgelöst werden.

Wenn das Tramprojekt durch den GGR oder Souverän abgelehnt wird, dann muss die Bernstrasse inkl. deren Plätze trotzdem saniert werden. Auch dann sollen die Gelder für die Sanierung der Bernstrasse eingesetzt werden! Die Hauptachse wird von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Es ist sinnvoll, die Mehrwertgelder so einzusetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger davon profitieren können. Der Vorwurf der Blauäugigkeit dem "Tram Region Bern" gegenüber ist sehr polemisch.

Wichtig ist auch der Hinweis, dass zwischen dem Kreditbeschluss und der Einsetzung der Mehrwertabgabegeldern unterschieden werden muss. Im Reglement über die Verwendung von Mehrwertabgaben muss kein Zieldefinierungsartikel aufgenommen werden. Beim Kreditbeschluss muss überlegt werden, ob die Investition sinnvoll ist oder nicht. Wir brauchen nicht viele Zielvorgaben. Wenn das Parlament einem Investitionskredit zustimmt, dann ist die Ausgabe auch sinnvoll und die entsprechenden Mehrwertgelder können eingesetzt werden.

Der Gemeinderat begrüsst es, wenn die bevorstehenden Investitionen rund um die Bernstrasse und den Rütliweg entsprechend eingesetzt werden können. Wir werden im Parlament dann definitiv über diese Kredite beschliessen, wenn die Kreditvorlagen auch dem Parlament entsprechend vorgelegt werden. Aus all diesen Gründen bittet der Gemeinderat das Parlament, die Motion abzulehnen.

**Thomas Wegmüller (SVP):** Ich möchte vom Gemeinderat noch wissen - sollte die Motion vom Parlament abgewiesen werden - was passiert mit dem letzten Satz?

*... Er beantragt dem Rat, die Motion abzulehnen und damit indirekt die vom Gemeinderat beabsichtigte Verwendung der Mehrwertabgaben zu bestätigen.*

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Wir entscheiden nur über den Wortlaut der vorliegenden Motion. Alles andere sind Kommentare und nichts Weiteres. Ich zitiere nochmals den Wortlaut der Motion:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Verwendung der Gelder aus dem Konto 2281 (Spezialfinanzierung), gemäss Art. 4 des Reglementes über die Verwendung von Mehrwertabgaben vom 01.09 2008, folgende Beträge vorsorglich zu reservieren und im Falle einer Umsetzung und Realisation der Investitionsvorhaben zu verwenden, respektive dem finanzkompetenten Gemeindeorgan zur Genehmigung vorzulegen:*

- 1. Für die Sanierung der Schwimmbecken im Freibad Ostermundigen: SFr: 4 Millionen.*
- 2. Für ein Verwaltungszentrum mit Saalanlage: SFr: 8 Millionen.*
- 3. Für die Förderung des Öffentlichen Verkehrs: SFr: 3 Millionen.*

Die Rechtslage ist somit klar und wir entscheiden lediglich darüber. Wenn jemand den Sachverhalt anders sieht, dann bitte ich um Wortmeldung.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Selbstverständlich ist der Sachverhalt so. Aber wir sind ein politisches Organ, in welchem politische Absichtserklärungen geäussert werden dürfen. Der Gemeinderat wäre froh, wenn das Parlament die Motion ablehnt. Ich werde der SVP-Fraktion nicht in fünf Jahren vorwerfen, dass wir damals so beschlossen hätten, die Gelder dementsprechend einzusetzen. Der Beschluss wird dann gefällt, wenn er so weit ist.

**Eduard Rippstein (CVP):** Lieber Gemeinderat, du hast mit diesem letzten Satz hier im Saal viele Sachen aufgescheucht. Der letzte Satz kann ersatzlos gestrichen werden. Es sollte nichts provoziert werden, was keinen Sinn ergibt.

**Christian Zeyer (SP):** Ich möchte Thomas Wegmüller (SVP) darauf hinweisen, dass nicht nur im Schwimmbad sondern auch in der Bernstrasse viel Wasser versickert.

Der Versuch des Gemeinderates finde ich wie der Vorredner Eduard Rippstein ein wenig schlitzohrig. Doch wir stehen hinter der Sanierung der Bernstrasse.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Ich bleibe bei meinem Votum - die Rechtslage ist klar und wenn das Parlament keine Einwände hat, dann können wir über die Motion abstimmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 19 zu 8 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion SVP-Fraktion betreffend Reservation Spezialfinanzierungsgelder (Konto 2281) wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.74 Interpellationen  
10.0.11 Energiekonzept (früher 30.52)

### **38. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Stromsparen; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

**Walter Bruderer (FORUM):** Zuerst besten Dank für die Beantwortung der Interpellation - ich bin mit den gemeinderätlichen Antworten zu 95 % zufrieden. Ich habe noch zwei Bemerkungen.

1. Die "Kann-Formulierung" seitens Gemeinderats ist mit "wird" zu ersetzen.
2. Ein Hinweis an den Gemeindepräsidenten:  
Das Thema "Stromsparen" (z. B. Aufstellen von Windkraftwerken) könnte für die Regionalkonferenz von Wichtigkeit sein.

10.3.75 Einfache Anfragen  
10.22.2.50 Allgemeines (früher 10.2250)

### **39. Einfach Anfrage E. Rippstein (CVP) zu verschiedenen Grossprojekten; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der einfachen Anfrage wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

**Eduard Rippstein (CVP):** Es ist genau die Antwort erschienen, welche ich vom Gemeinderat erwartet habe: Ganz nach dem Motto brav, lieb und nett. Mir wäre bei solchen Grossprojekten aktivere und aggressivere Reaktionen des Gemeinderats lieber.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Der Sachverhalt ist richtig: Die gemeinderätlichen Antworten zu einer einfachen Anfrage lassen keine Diskussion zu (Art. 55 Abs. 3 GO GGR).

63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

#### **40. Einkauf von fünf Plätzen bei privaten Kindertagesstätten - Orientierung des Gemeinderates**

**Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP):** Ich habe bereits gestern Abend den Parlamentsmitgliedern per E-Mail die formelle Beantwortung zugestellt. Die Gemeinde Ostermundigen hat seit dem 15. Dezember 2005 die Ermächtigung des Kantons Bern (GEF), eine Kindertagesstätte mit 30 Plätzen im Hummelinäscht an der Bernstrasse zu führen.

Der Gemeinderat möchte neu bei der Kindertagesstätte (KiTa) Ostermundigen, Schermenweg 190, 3072 Ostermundigen und bei der Kindertagesstätte Esperanza, Bolligenstrasse 42, 3065 Bolligen, fünf zusätzliche KiTa-Plätze einkaufen. Die Abteilung Vormundschaft/Justiz reichte bei der GEF ein entsprechendes Gesuch ein. Die GEF und der Gemeinderat von Ostermundigen haben nun im September 2011 die Bewilligung für fünf zusätzliche KiTa-Plätze erteilt, somit haben wir neu ein Kontingent von 35 Plätzen und erfüllen damit das Legislaturziel Nr. 19 a.

Mit den fünf Plätzen kann einiges bewirkt werden. Der Kauf ist optimal, da keine Infrastrukturkosten entstehen. Ein Mehraufwand entsteht lediglich bei der Auslese und der Fakturierung der Rechnungen.

Finanzierung des Angebotes:

- Der Gemeinderat hat für das Jahr 2011 einen Nachkredit von Fr. 50'000.-- bewilligt.
- Für die kommenden Jahre sollen die Plätze ordentlich budgetiert werden.
- Die Finanzierung erfolgt über Elternbeiträge und via Lastenausgleich des Kantons aufgrund einer Ermächtigung durch den Kanton Bern.

10.3.72 Motionen

#### **41. Dringliche Motion SP-Fraktion betreffend AKW Mühleberg - unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

##### **Wortlaut**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei den Verantwortlichen der zuständigen Bewilligungsbehörde des Bundes und bei der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) sofort dahin gehend zu intervenieren, dass das Atomkraftwerk Mühleberg erst nach Vorliegen eines externen, unabhängigen Sicherheitsgutachtens wieder in Betrieb genommen wird.

Es wird Dinglichkeit verlangt: Bereits im September will die BKW das Atomkraftwerk (AKW) Mühleberg wieder ans Netz anschliessen.

##### **Begründung**

Ostermundigen liegt in der Risikozone des AKW Mühleberg und ist damit besonders auf den höchst möglichen Sicherheitsstandard für den Betrieb des AKW angewiesen. Eine unmissverständliche Stellungnahme des Gemeinderats an die Verantwortlichen liegt daher im ureigenen Interesse der Gemeinde.

Die BKW will das AKW Mühleberg im September wieder in Betrieb nehmen. Die Beurteilung von unabhängigen Fachleuten zeigt, dass die Anlagen ungenügend gegen Hochwasserereignisse geschützt sind und dass der Zustand des Reaktormantels keinen sicheren Betrieb zulässt.

Für die verantwortlichen Behörden auf allen Stufen muss aber die Sicherheit der Bevölkerung in jedem Fall vor den finanziellen Interessen des Energiekonzerns stehen.

Sorgen bereitet der SP Ostermundigen, dass die eidgenössische Aufsichtsbehörde ENSI ihre Aufsichtspflicht bisher ungenügend wahrgenommen hat. Aufgrund eines Ereignisses bei einem französischen AKW hatte sie seit einem Jahr die nötigen Hinweise, dass auch im AKW Mühleberg das Kühlsystem ungenügend gegen die Folgen eines Hochwasserereignisses geschützt ist. Trotzdem leitete die Aufsichtsbehörde keine Massnahmen ein. Damit hat das ENSI das Vertrauen der Bevölkerung verloren.

Als Gutachter müssen neutrale Fachstellen eingesetzt werden, deren Mitarbeitende keine persönlichen Beziehungen zu den Energiekonzernen und kein persönliches Interesse am Weiterbetrieb der AKW in der Schweiz haben.

eingereicht am 2. September 2011

sig: L. Schärer, R. Mahler, R. Schär, N. Riesen, Ch. Zeyer, J. Scheidegger, B. Grossenbacher, D. Aziz, R. Wiedmer, R. Kehrlı, H.R. Burkhalter, B. Hirt

**Liliane Schärer (SP):** Es ist bekannt: Eine Zeitlang hing die radioaktive Verseuchung der nördlichen Halbkugel bloss noch von 50 opferbereiten Kraftwerksarbeitern ab, die verzweifelt versuchten, das beschädigte Kühlsystem des AKW Fukushima wieder in Gang zu bringen. Es

gelang nur teilweise. Die immer noch laufende Notkühlung führt zu periodischem Ablass von stark radioaktivem Meerwasser in den Nordpazifik. Dieses Wasser wird irgendwann in Alaska, Kanada und Kalifornien ankommen. In Japan aber sind Hunderttausende von Menschen betroffen, haben ihr ganzes Hab und Gut, ihre Wohnhäuser und Gewerbebetriebe verloren. Sie wissen nicht, wo sie im nächsten Winter wohnen werden. Wie viele von den verstrahlten Arbeitern noch leben, ist nicht bekannt. Der Gau, der grösste anzunehmende Unfall, ist nicht nur eingetreten - er ist in riesigem Ausmass übertroffen worden.

In der Schweiz hat der Bundesrat aufgrund der eingehenden Analyse dieser Katastrophe am 25. Mai einen historischen Entscheid gefällt. Er will aus der Nuklearenergie aussteigen.

Wir wissen auch, dass der Nationalrat am 8. Juni dem Entscheid des Bundesrats für einen kontrollierten Ausstieg zugestimmt hat. Aufgrund der Analysen mussten die Parlamentarier anerkennen, dass das Restrisiko nicht kontrolliert werden kann und dass unsere AKW sich nicht stark von jenen in Fukushima unterscheiden. Das älteste Werk, Mühleberg, hat das gleiche Kühlsystem wie jene, die in Japan nach dem Erdbeben und dem Tsunami reihenweise versagt haben.

Nach den Entscheiden des Bundesrats und des Nationalrats ist die Ausgangslage eigentlich optimal. Das Herunterfahren und Abschalten des alten und der Verzicht auf ein neues AKW könnte für die BKW auch eine grosse Chance sein. Die BKW könnte als erste konkrete Strategien für die künftige Stromversorgung ohne Atom ausarbeiten. Das Kapital würde nicht mehr für Investitionen in die milliardenteure Kernreakorttechnologie benötigt.

Das AKW Mühleberg ist aber nicht definitiv, sondern nur vorübergehend vom Netz. Von einer definitiven Abschaltung will zurzeit niemand reden. Um die geht es auch heute Abend nicht, sondern um folgendes:

Am 29.6.2011 hat die BKW die vorzeitige, vorsorgliche Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg bekannt gegeben. Anlass sei die Nachrüstung von Kühlwasserfassungen für das Notstandssystem SUSAN. Die nuklearkritischen Fachleute protestierten aber entschieden gegen das Vorgehen, welches das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) und die BKW wählten. Man befürchtet in Kreisen der AKW-Gegner, dass BKW und ENSI nach den Katastrophen in Fukushima unter dem Deckel der Geheimhaltung mit einem Flickwerk beginnen, welches insgesamt eher negative Wirkungen auf die nukleare Sicherheit haben könnte. Sie verlangen deshalb:

1. Durchgehende Transparenz bei der Nachrüstung der Kühlwasserfassung.
2. Vollständige Ausmessung der Kernmantelnähte und der Zugankernachrüstung.
3. Offenlegung des Instandhaltungskonzepts des Kernmantels.
4. Erdbebenertüchtigung des Notstromdiesels im Maschinenhaus, welcher die Kühlsysteme speist.
5. Offenlegung oder Einsichtsrecht zum Sicherheitsbericht 2010 der BKW an das ENSI.

Forderungen nach einer externen Beurteilung der Wirksamkeit der Massnahmen werden aber weiterhin ignoriert. Das überhastete und unsorgfältige Vorgehen zeigt, dass das ENSI sich an den Interessen der BKW orientiert und dass die Sicherheit der Bevölkerung für das ENSI ver-

mutlich zweitrangig ist. Damit muss seine Unabhängigkeit stark in Zweifel gezogen werden. Allenfalls muss das ENSI von seiner alleinigen Verantwortung und Kontrollfunktion entbunden werden.

Im Juli hat der Ex-Präsident der früheren Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen, Professor Walter Wildi, genau das verlangt, mit dem Hinweis, das ENSI missachte Fakten im Bericht der japanischen Regierung zum Unfallablauf in Fukushima und es sei offensichtlich, "dass das auf sich selbst gestellte ENSI nicht zu einer unabhängigen, selbstkritischen und umfassenden Aufsicht fähig ist."

Im Übrigen ist es nichts Neues, dass das Kernkraftwerk Mühleberg eigentlich schon seit längerer Zeit ein untragbares Risiko darstellt. Schon im letzten Jahr haben unabhängige Fachstellen darauf hingewiesen, dass das Werk im Bereich des Kernmantels grosse Mängel aufweist. Wer die Berichte gelesen hat, wundert sich darüber, dass diejenigen, die für die Sicherheit dieses Atomkraftwerks verantwortlich sind, noch ruhig schlafen können. Es geht ja nicht nur um die Sicherheit des Werkes, sondern um die Sicherheit von uns allen. Nur so nebenbei: In der Risikozone liegt auch unsere Bundeshauptstadt.

Gestern wurde bekannt, dass auch der gesamte bernische Regierungsrat ein unabhängiges Gutachten fordert. Sofort danach lehnte das ENSI diese Forderung arrogant ab. Es braucht also unser volles Engagement.

Ich bitte den Rat, der Motion zuzustimmen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Wir sind keine AKW-Sicherheitstechniker. Ich vertraue darauf, dass ein geplantes Abschalten des AKW Mühleberg auch gelingen wird. Die Gemeinde Ostermundigen hat keinen direkten Einfluss. Allerdings tragen wir als Anwohnende das Restrisiko gratis. AKWs sind seit Fukushima wirtschaftspolitische Fehlkonstruktionen. Ich setze mich ein, dass nach der geplanten Abschaltung keine grosstechnischen Anlagen zu bewilligen sind, welche ein nicht versicherbares Restrisiko ausweisen, dass sich lebensbedrohend auf die Kinder auswirken kann.

**Walter Bruderer (FORUM):** Besten Dank für die Einreichung der Motion. Hier muss eine wichtige Frage beurteilt werden. Wer ist in einer solchen Situation neutral? Angesichts der aktuellen Unsicherheit ist es aber aus meiner Sicht zweckmässig, dem politischen Vorstoss vorsorglich zuzustimmen.

**Thomas Wegmüller (SVP):** Jeder muss selber wissen, ob er pro oder contra Atomkraftwerk einsteht. Die vorliegende Motion verlangt lediglich eine Überprüfung und Intervention seitens Gemeinde Ostermundigen. Wie gut sind die Gutachter? Ich als Bürger kann mich nur auf die Pressemitteilungen stützen. Diese Mitteilungen lauten an einem Tag so und am nächsten Tag bereits wieder anders.

Seitens der SVP-Fraktion steht es jedem Parlamentsmitglied frei, ob es für oder gegen die Überweisung der vorliegenden Motion einsteht.

**Colette Nova (SP):** Die Motion verlangt noch nicht sehr viel. Lieber ein Abstellen von Mühleberg als ein Gutachten. Dieser wichtige Schritt sollte mit einer Annahme der Motion unterstützt werden.

Zum Votum „Vertrauen“: Die Japaner haben ihrer Aufsichtsbehörde vertraut. Das blinde Vertrauen hat sich nicht gelohnt. Wir Bürgerinnen und Bürger von Ostermundigen leben nahe an Mühleberg. Eine vergleichbare Katastrophe wie in Fukushima würde die Gemeinde Ostermundigen und sämtliche umliegenden Gemeinden vernichten. Es ist wichtig, dass wir etwas unternehmen.

**Eduard Rippstein (CVP):** Wir von der CVP-Fraktion unterstützen die Motion. Ich arbeite im Bereich "Katastrophen". Wenn den Aussagen der BKW Folge geleistet wird, "wir führen in einem Jahr 10'000 Hochwasserpumpen herbei" - dann gibt es keine anzuliefernde Pumpen mehr. Die Aussage der BKW ist arrogant!

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Gerade heute konnte in den Medien nachgelesen werden, dass die Atomaufsichtsbehörde die Sicherheit des AKW Mühleberg im Vergleich mit den vier anderen Kraftwerken am meisten Bedenken hat. Eine Reaktion seitens der Gemeinde Ostermundigen scheint mir in diesem Fall angemessen zu sein. Die Bedenken sollten unbedingt angemeldet werden. Die Fachleute beurteilen die Situation verschieden, doch alle stehen den Sicherheitsmassnahmen kritisch gegenüber. Das ENSI verlangt ebenfalls ein Nachrüsten.

Wir finden es richtig, dass sich die Gemeinden nicht passiv verhalten. Eine Stellungnahme seitens der Gemeinde Ostermundigen hat lediglich den Stellenwert einer Motion mit Richtliniencharakter. Der Gemeinderat schlägt vor, dass noch zu verfassende Schreiben den Parlamentsmitgliedern zuzustellen. In diesem Fall könnte die Motion bereits heute Abend überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben werden.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 27 zu 5 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die dringliche Motion SP-Fraktion betreffend AKW Mühleberg - unabhängig überprüfen und nur sicher wieder ans Netz wird begründet, erheblich erklärt, vom Gemeinderat beantwortet und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen  
30.0.52 Energiekonzept (früher 30.52)

## **42. Motion GRÜNE-Fraktion betreffend Ja zur 2000-Watt-Gesellschaft; parlamentarischer Neueingang**

### **Auftrag**

Der Gemeinderat bekennt sich zur 2000-Watt-Gesellschaft und schafft die nötigen Voraussetzungen zu deren Umsetzung. Bis spätestens Ende 2012 ist das bestehende Energiekonzept der Gemeinde um die verbindlichen Zielsetzungen und Massnahmen so weiterentwickelt, dass es den Zielsetzungen des Bundes zur 2000-Watt-Gesellschaft entspricht. Es sind zwingend Massnahmen in einem Massnahmenplan zu bezeichnen, die es ermöglichen, die Zielsetzungen zu erreichen.

Verbindliche Ziele:

- Der Energiebedarf pro Einwohnerin und Einwohner beläuft sich bis ins Jahr 2150 auf 2000 Watt.
- Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss beträgt bis ins Jahr 2150 1 Tonne-Äquivalente/Person.

Mit der Annahme der Motion wird der Gemeinderat pflichtig, das Konzept umzusetzen und im Verwaltungsbericht Rechenschaft über die Wirkung abzulegen.

### **Begründung**

Wir leben auf zu grossem Fuss. In der Schweiz benötigt jede Person dreimal so viel Energie, wie die weltweiten Energiereserven zulassen. Die masslose Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und führen zu einem weltweiten Temperaturanstieg. Schon bei einer weiteren Erwärmung um etwas mehr als ein Grad Celsius drohen unumkehrbare Schäden. Der Energieverbrauch ist unmittelbar mit der Treibhausgasproblematik verknüpft, weshalb der Weg zur „2000-Watt-Gesellschaft“ mit der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verbunden ist.

Energiestädte gehen mit gutem Beispiel voran. Sie gehen weiter als die gesetzlichen Vorschriften - schrittweise in die „2000-Watt-Gesellschaft“. Die „2000-Watt-Gesellschaft“ ist ein langfristiges Ziel - eine Aufgabe für mehrere Generationen. Wenn das Ziel tatsächlich erreicht werden soll, müssen wir aber heute konkrete und zielführende Massnahmen umsetzen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Klimaschutz zwingen uns zum Handeln! Wir können es uns nicht leisten, die Probleme zu ignorieren und Lösungen auf unbestimmte Zeit aufzuschieben. Wir müssen jetzt handeln, denn wir haben nur diese eine Welt!

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Modell für einen nachhaltigen Energiekonsum und wirksamen Klimaschutz und wurde an der ETH entwickelt. Der Bundesrat hat das Modell in seine Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen. Mehrere Kantone und Gemeinden (z. B. Thurgau, Bern, Uri, Luzern, Basel-Stadt, Gemeinden Genf und Zürich) haben sich zum Konzept der „2000-Watt-Gesellschaft“ als übergeordnetes und wegweisendes Ziel bekannt. Zürich hat die Ziele sogar in der Gemeindverordnung festgeschrieben.

Seit 1998 ist Ostermundigen als Energiestadt zertifiziert und verfügt über ein Energiekonzept. Dies ist grundsätzlich positiv zu beurteilen und ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Auch hat die Energiekommission in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2010 bestimmt „ihr Energiekonzept zukünftig der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft zu unterstellen“, doch fehlt in dieser Struktur die Verbindlichkeit zu einer nachhaltigen Energiepolitik. Die bestehenden Vorgaben münden kaum in quantitativen Zielen, die Ziele sind weder messbar noch kontrollierbar. Aus diesem Grund soll das Konzept insgesamt mehr Verbindlichkeit und konkrete messbare Ziele mit entsprechenden konkreten Massnahmen enthalten.

Es braucht zwingend den politischen Willen, um das Ziel einer „2000-Watt-Gesellschaft“ erreichen zu können! Es muss jetzt gehandelt werden. Es müssen zielführende Massnahmen jetzt getroffen werden. Die Ziele müssen klar formuliert und messbar gemacht werden.

eingereicht am 13. Juli 2011

sig: Bruno Hirt und Hans-Rudolf Burkhalter

10.3.72      Motionen  
10.11.23      Postzustellendienst

### **43. Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang**

#### **Wortlaut**

Der Gemeinderat wird beauftragt, sich bei der Schweizerischen Post für die Erhaltung der Poststelle Ostermundigen 2 Unterdorf oder die Schaffung einer zweiten Poststelle, welche sich im östlichen Siedlungsgebiet befindet, einzusetzen.

#### **Begründung**

Die hohen Kundenfrequenzen bei dieser Poststelle (in den letzten Jahren im Durchschnitt 500 Personen pro Tag), sowie die Postfachanlage, welche von ca. 270 Kunden benutzt wird, zeigen auf, dass ein Bedürfnis nach einer Poststelle am jetzigen Standort oder in näherer Umgebung vorhanden ist. Das prognostizierte Bevölkerungswachstum im Einzugsgebiet dieser Poststelle und die Tatsache, dass die Selbstbedienungspoststelle Rüti in näherer Zukunft geschlossen wird, führen bei dieser Poststelle ohne Zweifel zu einer noch höheren Kundenfrequenz. Die „Überführung“ der Postfachkunden in die Poststelle Ostermundigen 1 hätte insbesondere für die zahlreichen Geschäftskunden grosse Nachteile (Parkplatzproblem bei der Poststelle 1).

Eine vollwertige Poststelle in der östlichen Hälfte von Ostermundigen ist auf Grund der zukünftigen Siedlungsentwicklung eine Notwendigkeit, denn schon seit der Errichtung der Rütisiedlung ist das geographische Siedlungszentrum unserer Gemeinde klar nach Osten verschoben. Eine Agentur in der Migros, wie von der Post geplant, kann diese Bedürfnisse nicht abdecken, da sie nur eine sehr eingeschränkte Palette von Dienstleistungen anbieten würde. Und gerade längere Öffnungszeiten in einer Ortschaft von der Grösse Ostermundigens müssten von einer vollwertigen Poststelle angeboten werden.

Es sollte ebenfalls bedacht werden, dass eine Poststelle ein siedlungspolitischer Faktor ist, der die Attraktivität einer Wohngemeinde aufwertet. Ebenso profitieren die lokalen KMUs von einer Poststelle mit komplettem Service.

eingereicht am 8. September 2011

sig. B. Grossniklaus, A. Dogan, H.R. Burkhalter, W. Bruderer, M. Schenk, E. Rippstein, R. Wagner, P. Wagner, T. Wegmüller, N. Wegmüller, Ch. Schröer, H.R. Hausammann, P. Bracher, L. Müller, G. Zaugg, M. Truog, E. Schaller, S. Fels, L. Schärer, B. Hirt, R. Mahler, R. Bolliger, J. Biner, C. Nova, Ch. Zeyer, J.S. Scheidegger, R. Wiedmer, R. Kehrl, T. Bendoza

10.3.74 Interpellationen  
40.3.13 Verkehrsbeschränkungen

#### **44. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrsfolgen am Dennigkofenweg; parlamentarischer Neueingang**

##### **Ausgangslage**

Vor allem während den Hauptverkehrszeiten sind die Anwohner des Dennigkofenwegs wie auch die Schüler einem hohen Verkehrsaufkommen ausgesetzt. Der Dennigkofenweg ist sehr schmal; die Fahrbahnen in beide Richtungen sind nicht mit einer Sicherheitslinie getrennt.

Trotz Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h wird ausserhalb der stationären Radaranlage oft zu schnell gefahren und viel Lärm verursacht, vor allem auch abends und nachts! Es ist eine Frage der Zeit, bis auf dem Dennigkofenweg ein schwerer Unfall entsteht.

Die Tempo- und Lärmkontrollen ausserhalb des Wirkungsbereichs der stationären Radaranlage erfolgen vermutlich zu wenig oft.

##### **Fragen**

1. Hat die Gemeinde den Verkehr ausreichend beobachtet, damit sie die Situation objektiv beurteilt und festgestellte Probleme optimal beseitigt werden können?
2. Welche Möglichkeiten (bauliche Massnahmen, nur noch Zubringerdienst zwischen Gümliigen und Ostermundigen, differenzierte Badbesuchstarife, ÖV-Zusatzkurse während der Spitzenzeiten/Badesaison, höhere Parkgebühren usw.) sind denkbar, um die Verkehrs- und Lärmprobleme spürbar zu reduzieren?
3. Sieht die Gemeinde andere Möglichkeiten, um die erwähnten Probleme zu verringern?

eingereicht am 8. September 2011

sig: Thomas Bendoza, E. Schaller, W. Bruderer, M. Schenk

## Schlussbemerkungen

- Ich möchte allen danken, die sich heute Abend hier in den Bernapark bemüht haben, damit wir ordnungsgemäss die Sitzung durchführen konnten.
- Ich möchte ebenfalls den Herren Krähenbühl, Müller und Wiedmer von der Bernapark für die Gastfreundschaft nochmals ein grosses Dankeschön aussprechen und Ihnen ein kleines Präsent in Form von Schokolade (Sandsteine) überreichen.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

- Wer noch ins Restaurant Rüti möchte und keine Mitfahrgelegenheit hat, soll sich umgehend bei mir melden.

## GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Protokollführer:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär

Anhang:

Referat „Herzlich Willkommen im Bernapark“